

SUDETENDEUTSCHE LANDSMANNSCHAFT



Pressemitteilung

München, 19.02.2009

Sudetendeutsche zur Prager Parlamentsentschließung: „Ausdruck schlechten Gewissens“

München. Als „Ausdruck des schlechten Gewissens“ haben der Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, der Europaabgeordnete Bernd Posselt, und der Bundesvorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL), Franz Pany, die (gestrige) Begleitentschließung des Tschechischen Parlamentes zur Ratifizierung des Lissabonner Vertrages kritisiert. Darin werde in rückwärtsgewandter Weise erneut versucht, die rassistischen Beneš-Dekrete, die der kollektiven Entrechtung und letztlich auch der Vertreibung von mehr als drei Millionen Sudetendeutschen aus der Nachkriegs-Tschechoslowakei zugrunde liegen, für vereinbar mit den Menschenrechten und der EU-Grundrechtecharta zu erklären. Dieser, wenn auch vorsichtig formulierte, Versuch, die im Parlamentstext nicht ausdrücklich erwähnten Dekrete beziehungsweise ihre fortdauernden Unrechtsfolgen zu verewigen, zeige, daß dieses Thema endlich im direkten Dialog mit den betroffenen Sudetendeutschen behandelt und einer einvernehmlichen Lösung zugeführt werden müsse, da es die deutsch-tschechischen Beziehungen sowie die gesamte tschechische Außen- und Europapolitik immer wieder belaste. „Es ist höchste Zeit, daß der nationalistische Müll einer unseligen Vergangenheit in europäischem Geist entsorgt wird,“ so Posselt und Pany. Sie riefen Parlament und Regierung in Prag dazu auf, den zahlreichen tschechischen Kommunen zu folgen, die auf dem Wege der Volksdiplomatie mit den Sudetendeutschen längst Vorurteile und das geistige Verharren in Unrechtsakten über Bord geworfen hätten.